



DIE JUKOS-AFFÄRE. TEIL 2: POLITISCHER UND WIRTSCHAFTLICHER KONTEXT

■ Analyse		
	Die russische Debatte zur Jukos-Affäre. Rechtsstaatlichkeit contra Staatsinterventionismus. Josephine Bollinger-Kanne, München	2
■ Grafiken zum Text		
	Der Jukos-Prozess und die öffentliche Meinung 2003–2005	4
■ Kommentar		
	Michail Chodorkowskij und die Jukos-Affäre. Maria Ordzhonikidze, Moskau	8
■ Analyse		
	„Lenkbarkeit“ statt Effizienz. Valery Kryukov, Nowosibirsk	10
■ Dokumentation		
	Der Anteil des Staates an der Erdölwirtschaft	12
	Die Verwaltung staatlicher Unternehmen	15
	Die Besteuerung der Erdölwirtschaft	18
	Ausländische Investoren in der Erdölwirtschaft	20
<hr/>		
■ Chronik		
	Vom 3. bis zum 10. Februar 2005	22

Analyse

Die russische Debatte zur Jukos-Affäre. Rechtsstaatlichkeit contra Staatsinterventionismus

Josephine Bollinger-Kanne, München

Zusammenfassung

Bei den turbulenten Ereignissen um die einst zweitgrößte russische Erdölgesellschaft Jukos standen sich in Russland Vertreter aus Politik und Wirtschaft gegenüber, die sich vor allem zwei Gruppen zuordnen lassen. Betonen die Vertreter der einen Gruppe, dass das Jukosverfahren mit der Gesetzgebung konform geht und hinsichtlich der Durchsetzung der Steuerpflicht für alle einen Beitrag zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit im Land liefert, sehen die anderen im Jukosfall eine unrechtmäßige Strategie der „Silowiki“ in Putins Administration, die Kontrolle über den Energiesektor mittels Renationalisierung zurückzuerlangen.

Die offizielle Version: Rechtsstaatlichkeit

Präsident *Wladimir Putin* selbst hat die Jukos-Affäre immer als Beitrag zur Durchsetzung von mehr Rechtsstaatlichkeit im Land präsentiert. Dementsprechend hat er zwei Tage nach der Verhaftung des damaligen Unternehmenschefs von Jukos und Milliardärs Michail Chodorkowskij wegen Steuerhinterziehung und Privatisierungsbetrug auf einer Sitzung im Oktober 2003 mit seinen Regierungsvertretern verlauten lassen, dass es keine Treffen und Aushandlungen mit Verbands- und Unternehmensvertretern geben wird und die rechtsprechenden Organe ganz im Rahmen der russischen Gesetzgebung handeln.

Um Befürchtungen über Privatisierungsrevisionen entgegen zu treten, erklärte er beim EU Gipfel in Rom im November 2003 in einem Interview, dass Deprivatisierungen und Revisionen der Privatisierungsergebnisse nicht vorgesehen seien, betonte aber gleichzeitig, dass alle im Land nach dem Gesetz leben müssen. In das folgende Verfahren griff Putin bis auf eine Erklärung, nicht an einem Bankrott des Unternehmens interessiert zu sein, nicht öffentlich ein.

Nach dem Erwerb des erdölfördernden Herzstücks von Jukos, der Juganskneftegas, durch die staatliche Erdölgesellschaft Rosneft äußerte er in seiner Pressekonferenz am 23. Dezember 2004 im Kreml, dass Staatsunternehmen und andere Marktteilnehmer ihre Rechte haben und der Staat, wenn er die legalen Marktmechanismen nutzt, seine Interessen rechtmäßig wahrnimmt.

Empfehlungen zum Vorgehen im Jukosfall erhielt Putin besonders von den führenden Vertretern in seiner Administration. Einige Tage nach der Verhaftung Chodorkowskij kam es dort zu einschneidenden Veränderungen zugunsten von Putins St. Petersburger Führungsriege. Der bis dahin amtierende Vorsitzende

und Vertreter der alten Kremlelite aus Jelzintagen Alexander Woloschin wurde durch seinen ersten Stellvertreter Dmitrij Medwedjew ersetzt, der den St. Petersburger gemäßigten Juristen angehört und zugleich Aufsichtsratsvorsitzender des halbstaatlichen Gazpromkonzerns ist.

Im April 2004 wurde Igor Setschin, der als langjähriger Wegbegleiter Putins die starken Männer aus Geheimdienstkreisen in Putins Administration, die „Silowiki“, anführt, neben Wladislaw Surkov Medwedjews Stellvertreter. In der Kremladministration gilt er als graue Eminenz und ist zudem im letzten Jahr über den Vorsitz im Aufsichtsrat der staatlichen Erdölgesellschaft Rosneft zum „Erdölkardinal“ aufgestiegen.

Im Jukosverfahren handelten sowohl Medwedjew als auch Setschin wie Putin selbst im Hintergrund und ließen die involvierten rechtsprechenden Organe in der Öffentlichkeit agieren, in denen sich ebenfalls eine Reihe von „Silowiki“ finden. Nur einmal meldete Medwedjew seine Zweifel an, indem er die juristische Effektivität der Beschlagnahmung von Jukosaktien im Herbst 2003 infrage stellte. In den Geschehnissen zur Auktion von Juganskneftegas zur Tilgung der Steuerschuld von Jukos traten die Positionen der Kremlstrategen schließlich deutlicher zutage.

Am Vorabend der Auktion im Dezember 2004 galt die im Herbst 2004 von Gazprom und Rosneft gebildete Tochtergesellschaft Gazpromneft als Favorit, obgleich beide Muttergesellschaften zuvor bekundet hatten, nicht an Juganskneftegas interessiert zu sein. Zur erfolgreichen Auktionsteilnahme hatte Gazpromneft einen Kredit von einem ausländischen Finanzkonsortium unter Führung der Deutschen Bank in Aussicht.

Nach dem Verbot zur Teilnahme an der Auktion durch das Gericht für Insolvenzangelegenheiten in Houston (USA) und der folgenden Kreditaufkündigung durch das ausländische Finanzkonsortium kam es zu einem Strategiewechsel. Zum Erwerb von Juganskneftegas durch Rosneft wurde die unbekanntes Baikalfinanzgruppe zwischengeschaltet. Gazpromneft wurde abgewickelt, und die Zusammenlegung von Gazprom und Rosneft wird in einem neuerlichen Anlauf realisiert, um der amerikanischen Gerichtsbarkeit keine Angriffsfläche zu bieten.

Putins alte und neue Regierung hat sich weitestgehend an seine Anweisung gehalten, sich nicht in die Diskussion um Jukos hineinziehen zu lassen. Sie hat mit Ausnahme des im März 2004 abgelösten Regierungschefs Michail Kasjanow keine Kritik am Vorgehen der maßgeblichen Kremlstrategen laut werden lassen und diverse Vorschläge der Jukosspitze zur Tilgung der Steuerschuld nicht kommentiert. Die Entscheidung zur Auktion der Juganskneftegasanteile geschah auf formalen Beschluss durch das Justizministerium hin.

Aus den Reihen der Dumaabgeordneten und Föderationsratsmitglieder gab es ebenfalls keine durchgreifenden Einwände zu Putins Kurs in Sachen Jukos. Oppositionsparteien wie Jabloko oder die Union der Rechten Kräfte, denen Chodorkowskij im Mai 2003 seine Unterstützung im Wahlkampf zugesagt hatte und die sich für ihn in der Folgezeit eingesetzt hatten, erreichten bei den Dumawahlen im Dezember 2003 nicht einmal die für den Einzug in das Parlament notwendige Fünfprozentmarke, so dass Putin seitdem im Parlament über eine komfortable verfassungsgebende Mehrheit verfügt und hier keine Gegenwehr mehr zu befürchten hat. Die jüngsten Reformen auf der föderativen Ebene hatten gleichfalls eine Stärkung der Zentralmacht und kremlkonformes Verhalten zur Folge.

Die Kritiker: Staatsinterventionismus

Als nahezu einziger entschiedener Kritiker aus den eigenen Reihen zum Vorgehen im Jukosfall trat Putins liberaler Wirtschaftsberater *Andrej Illarionow* wiederholt in Erscheinung. Bereits im Sommer 2003 warnte er davor, dass mit der sich zuspitzenden Jukos-Affäre eine „Büchse der Pandora“ geöffnet werde, die eine Revision der Privatisierungen der neunziger Jahre und einen Bürgerkrieg nach sich ziehen könne. Nach der Verhaftung Chodorkowskij machte er auf ungeheuerliche Auswirkungen für das Land durch eine „Eskalation der Situation“ aufmerksam.

Auf seiner Presskonferenz Ende Dezember 2004 nannte er die Versteigerung der Juganskneftegasanteile die „Affäre des Jahres“ und schlussfolgerte, dass sich das Modell der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

Entwicklung im Land endgültig verändert habe und die Vertreter der Staatsmacht sich inkompetent in die Wirtschaft einmischen. Vor diesem Hintergrund wurde er Anfang 2005 seines Amtes als zuständiger Vertreter des Präsidenten bei G8-Angelegenheiten enthoben und in seinen Kompetenzen beschnitten.

Führende Vertreter des russischen Unternehmerverbandes, in dem die Wirtschaftselite des Landes inklusive Chodorkowskij branchenübergreifend organisiert ist, befürchteten wie Illarionow in Verbindung mit der Jukos-Affäre Privatisierungsrevisionen. Sowohl im Vorfeld als auch nach der Verhaftung Chodorkowskij richteten sie Anfragen bzw. Briefe an den Präsidenten, damit dieser Stellung hierzu nehme. Da Putin signalisierte, dass keine Revisionen der Privatisierungsergebnisse vorgesehen seien, setzten die Verbandsvertreter auf Verhandlungen.

Zur Auktion von Juganskneftegas äußerte sich der Verbandsvorsitzende *Arkadij Wolskij* dann allerdings eindeutig kritisch und hob einen immensen Schaden für das Investitionsimage Russlands aufgrund der seltsamen Verkaufsprozedur hervor. Wolskij's Vizepräsident *Igor Jürgens* hatte zwar bereits im Oktober 2004 einen durch Jukos initiierten Übergang zum Staatskapitalismus öffentlich thematisiert, aber dieser wurde in der Folgezeit im Dialog mit den Staatsorganen nicht diskutiert. Der Einfluss des Unternehmerverbandes ist begrenzt und hat sich im Verlauf der Jukos-Affäre verringert.

Kurz vor seiner Verhaftung brachte *Michail Chodorkowskij* in Interviews zum Ausdruck, dass er die Jukos-Affäre, die offiziell mit der Festnahme des Leiters des Sicherheitsdienstes seines Unternehmens, *Aleksej Pitschugin*, Anfang Juni 2003 begonnen und sich über die Verhaftung des Chefs der Menatep Bank und Hauptaktionärs bei Jukos *Anton Lebedew* Anfang Juli 2003 fortgesetzt hatte, für politisch motiviert halte. Dies bekräftigte er erneut in seiner Kritik über den Liberalismus in Russland Ende März 2004 und verwies darin u.a. auf Missstände beim Abhalten der Dumawahlen im Dezember 2003, die den ihm nahestehenden Oppositionsparteien eine Niederlage gebracht hatten.

(Eine ausführlichere Darstellung von Chodorkowskij's Sicht der Jukos-Affäre bietet der Kommentar von *Maria Ordzhonikidze*, der Direktorin des Pressezentrum der Rechtsanwälte von Chodorkowskij und Lebedew, auf Seite 8).

Fazit

Besonders die Auktion von Juganskneftegas verdeutlicht, dass es zwischen der Rechtsprechung des Kremls und den Kritikern keinen Spielraum für Kompromisse gibt. Der Erwerb von Juganskneftegas

durch die staatliche Rosneft spricht dafür, dass sich die „Silowiki“, die für vollstaatliche Energieunternehmen und eine vollständige Kontrolle über den Energiesektor plädieren, gegen die Gruppe der gemäßigten Juristen und wirtschaftsliberalen Vertreter in Putins Administration durchsetzen konnten. Hier haben sich die erstarkten Kontrollabsichten der Staatsmacht letztlich wie in den sich jahrelang hinziehenden und halbherzigen Reformbemühungen in der Energiewirtschaft erneut manifestiert.

Putins liberaler Wirtschaftsminister German Gref hatte die Notwendigkeit des staatlichen Vorgehens gegen Jukos zwar bekräftigt, aber in einem Interview Mitte Januar 2005 forderte er die Privatisierung von Rosneft und Juganskneftegas, um eine höhere wirtschaftliche Effektivität im Erdölsektor zu erzielen. Ob er damit auf offene Ohren stößt, bleibt abzuwarten. Solange der hohe Ölpreis eine positive Handelsbilanz und dementsprechende Staatseinnahmen gewährleistet, scheint die staatliche Steuerung im Energiesektor durch die „Silowiki“ im Land unanfechtbar zu sein.

Redaktion: Heiko Pleines

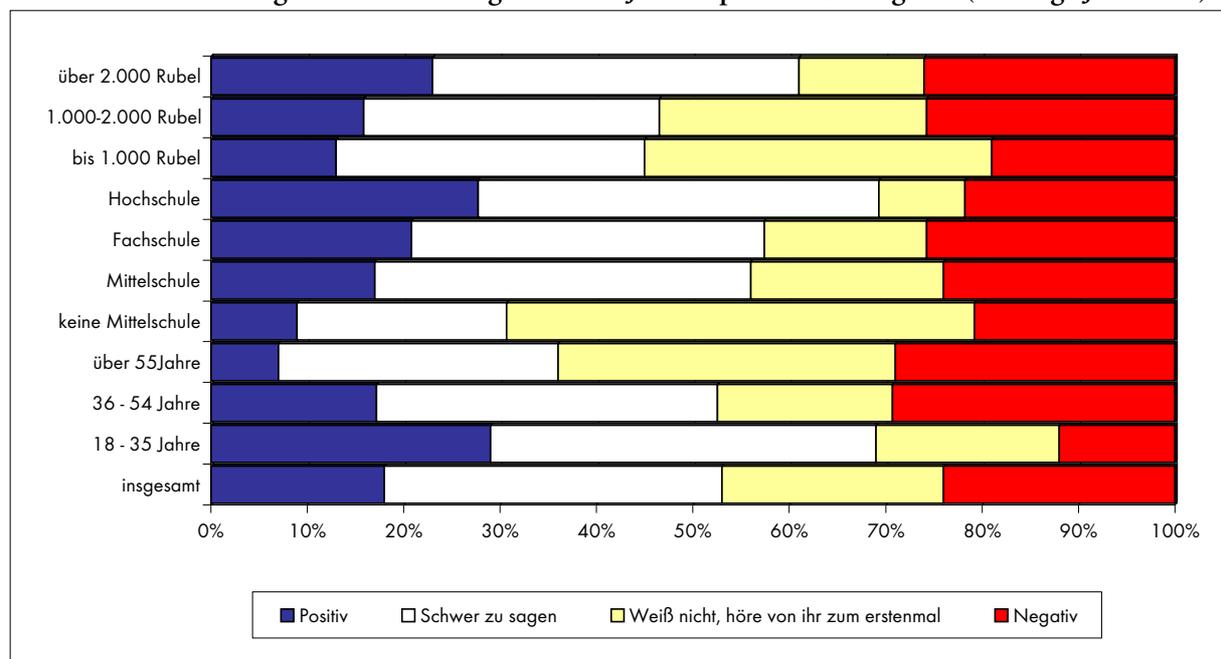
Angaben zur Autorin:

Dr. Josephine Bollinger-Kanne ist unabhängige Osteuropaexpertin in München.

Grafiken zum Text

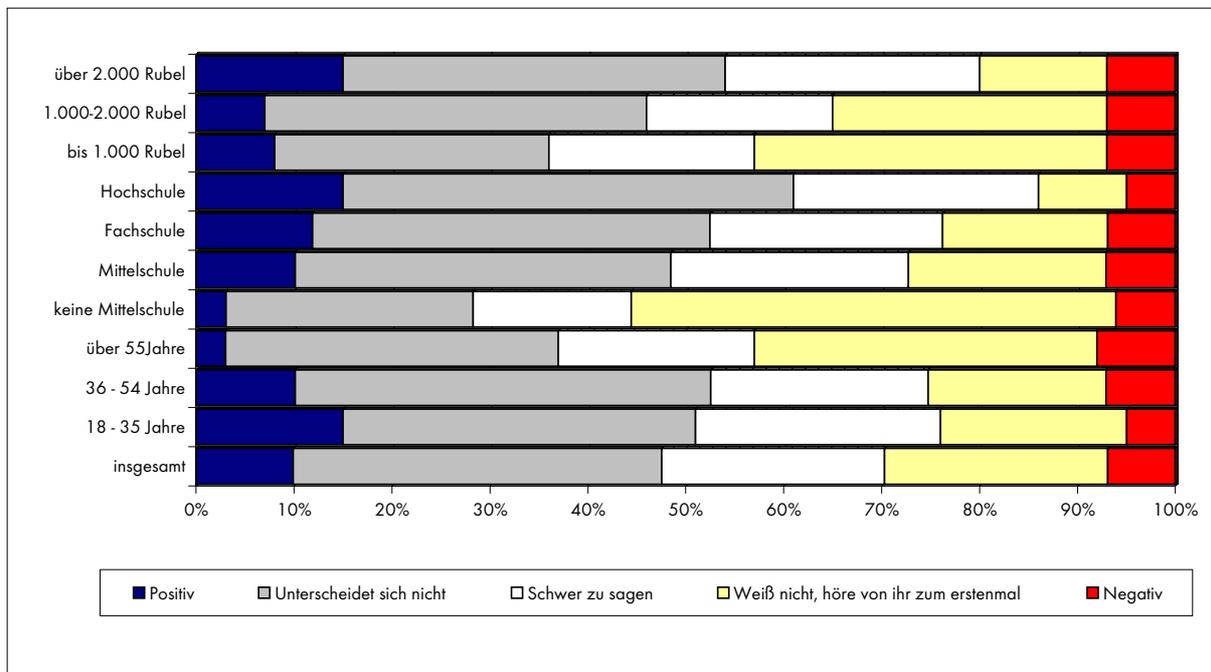
Der Jukos-Prozess und die öffentliche Meinung 2003–2005

Wie ist Ihre Einstellung zu der Mineralölgesellschaft Jukos – positiv oder negativ? (Umfrage Juni 2004)



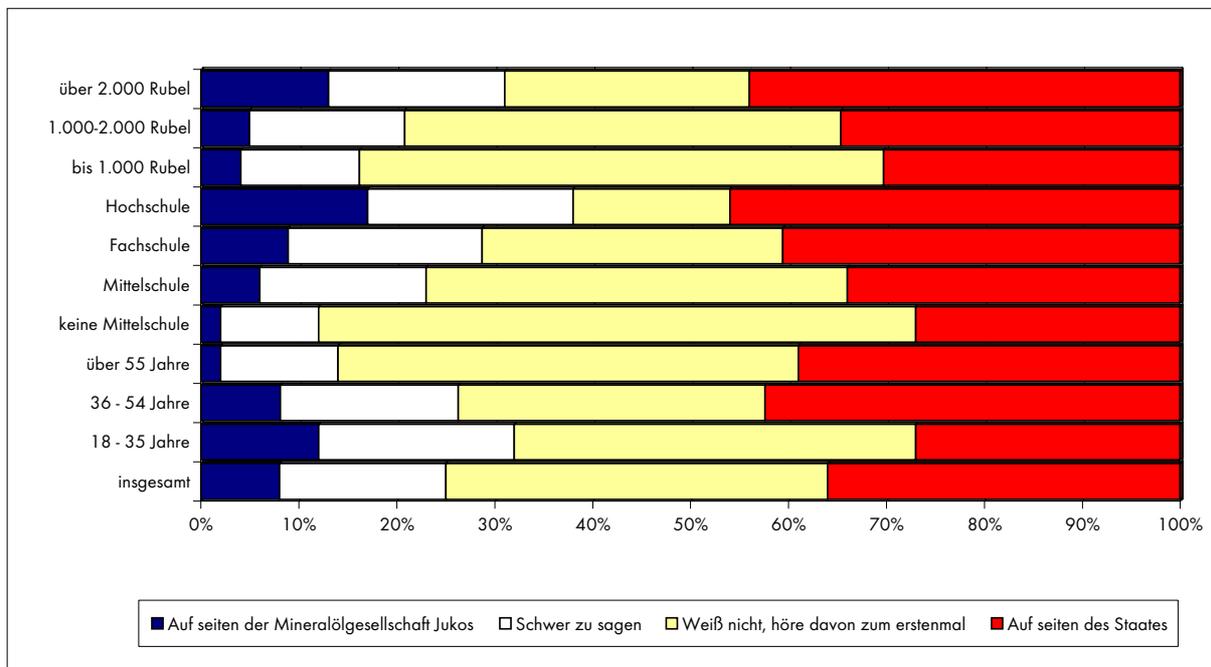
Quelle: <http://bd.fom.ru/zip/tb0426.zip>

Unterscheidet sich die Mineralölgesellschaft Jukos von anderen russischen Großunternehmen oder nicht? Und wenn sie sich unterscheidet, in welcher Richtung – in positiver oder negativer? (Juni 2004)



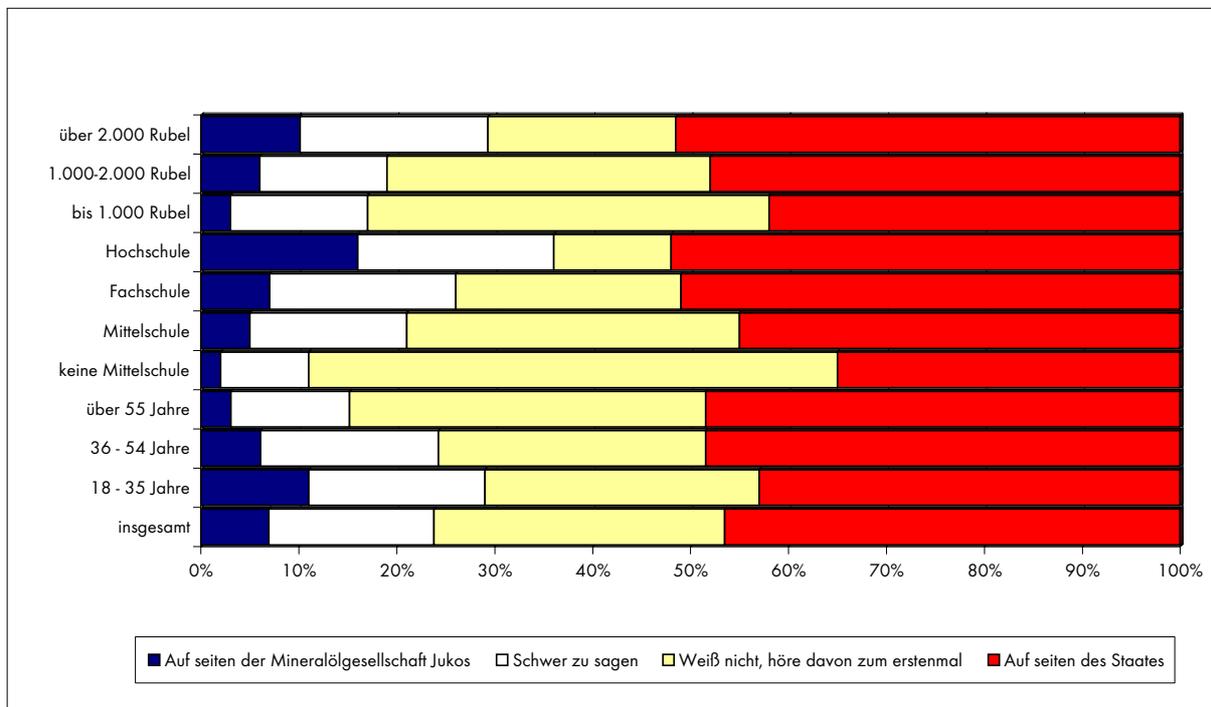
Quelle: <http://bd.fom.ru/zip/tb0426.zip>

Auf welcher Seite sind Ihre Sympathien – auf seiten des Staates oder auf seiten der Mineralölgesellschaft Jukos? (Juni 2004)



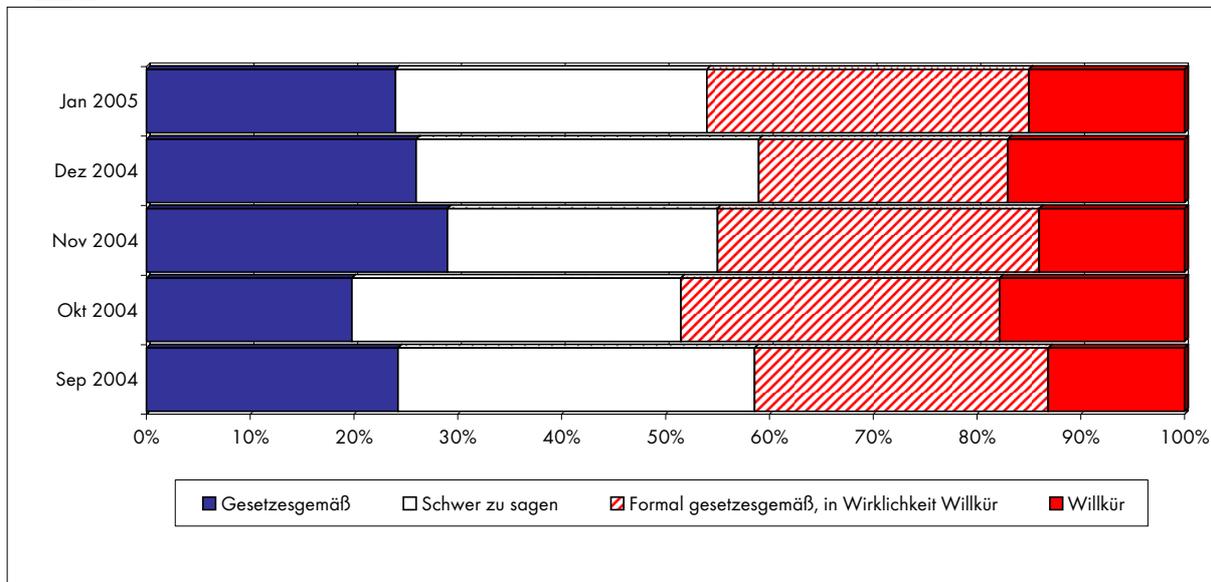
Quelle: <http://bd.fom.ru/zip/tb0426.zip>

Auf welcher Seite sind Ihre Sympathien – auf seiten des Staates oder auf seiten der Mineralölgesellschaft Jukos? (Oktober 2004)



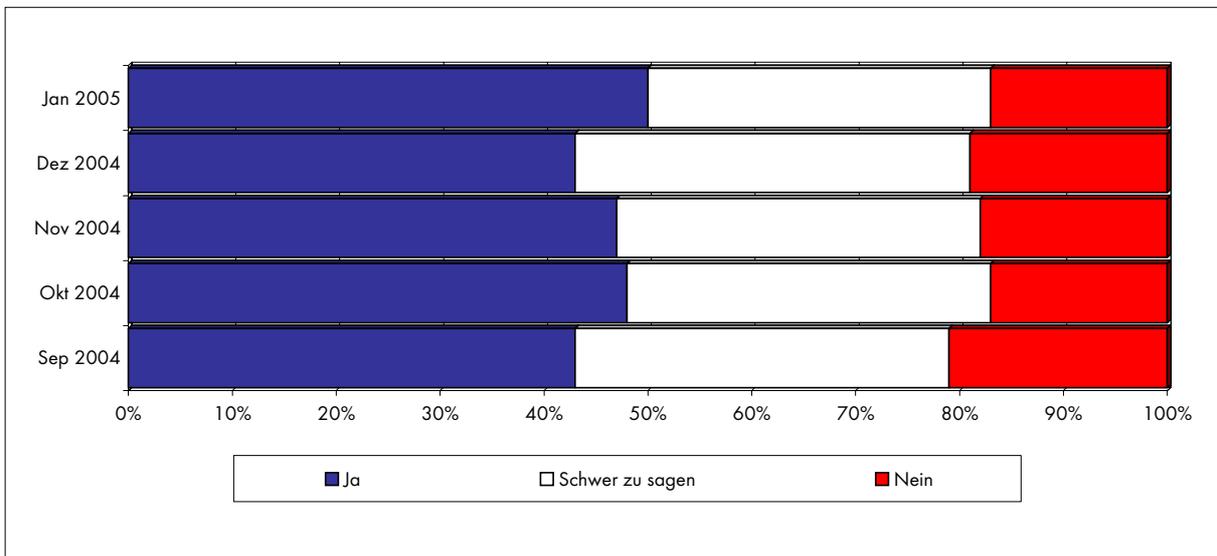
Quelle: <http://bd.fom.ru/zip/tb0443.zip>

Sind die Handlungen der Exekutive, die zum Bankrott von Jukos führten, gesetzmäßig oder war es Willkür?



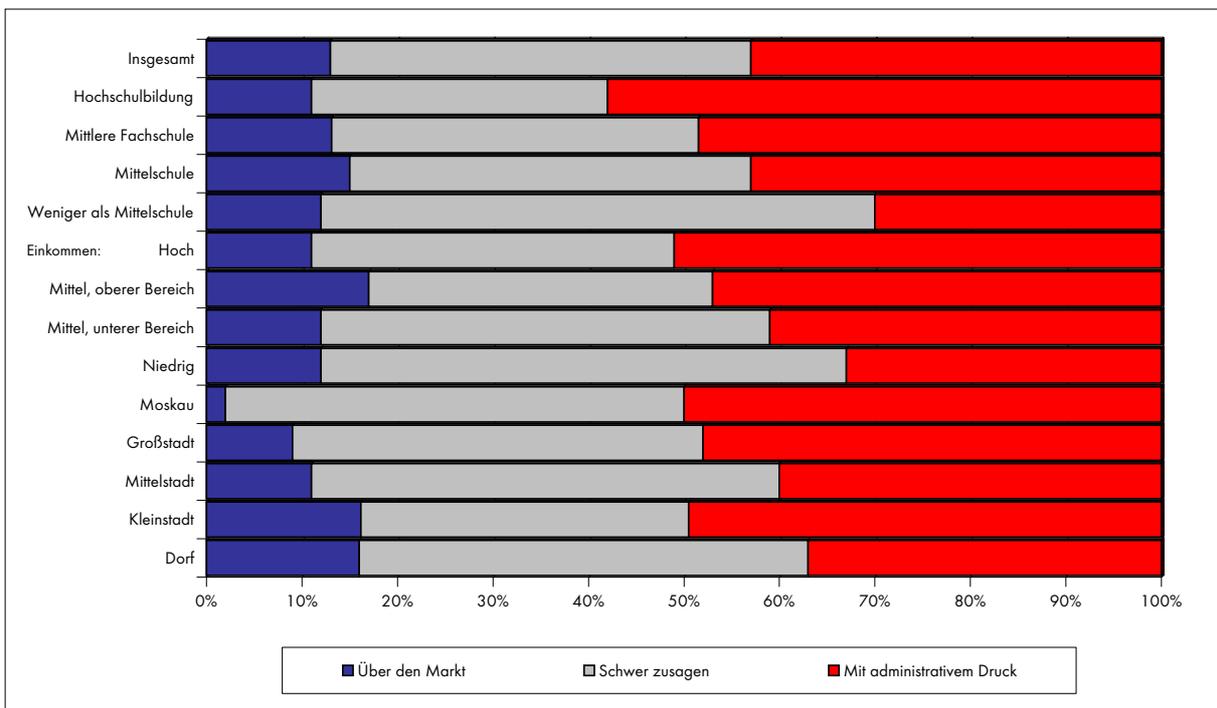
Quelle: <http://www.levada.ru./press/2005020304.html>

Übt die Exekutive im Fall Chodorkowskij Druck auf das Gericht aus, um eine Verurteilung zu erreichen?



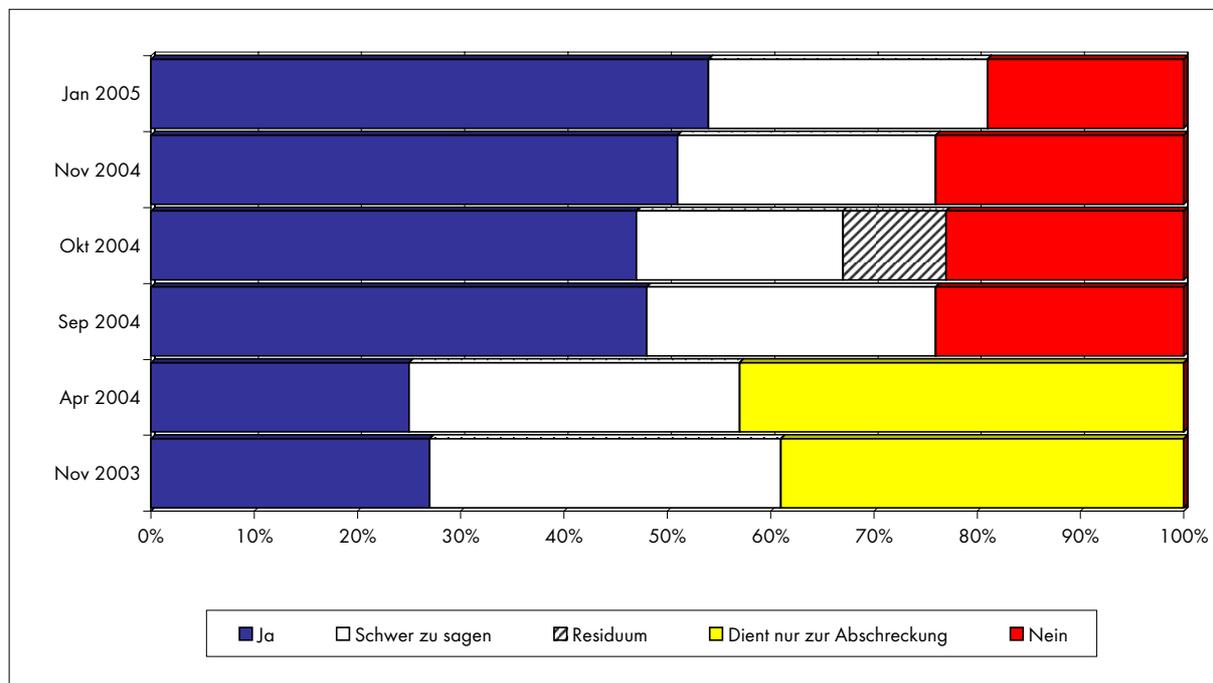
Quelle: <http://www.levada.ru./press/2005020304.html>

Wurde der Verkauf des Unternehmens "Juganskneftegaz" über den Markt realisiert oder unter Ausübung von administrativem Druck? (Januar 2005)



Quelle: <http://www.levada.ru./press/2005020304.html>

Folgen nach der Verurteilung Chodorkowskij's Strafverfahren gegen andere russische Großunternehmer?



Quelle: <http://www.levada.ru./press/2005020304.html>

(Die Umfrage des Lewada-Instituts wurde, soweit ersichtlich, von Personen in Auftrag gegeben, die Chodorkowskij nahestehen)

Kommentar

Michail Chodorkowskij und die Jukos-Affäre

Maria Ordzhonikidze, Direktorin des Pressezentriums der Rechtsanwälte von Chodorkowskij und Lebedew, Moskau
Einige Experten nennen irrtümlicherweise als Grund für das heutige Unglück von Michail Chodorkowskij und seines jetzt zerstörten Geschäftsimperiums seine angeblichen politischen Ambitionen und seine persönliche Opposition gegen Präsident Putin.

Tatsächlich aber hat Chodorkowskij keine oppositionelle Politik betrieben; noch weniger hat er sich mit der heutigen russischen Regierung auf einen ideologischen Streit über den weiteren Weg Russlands eingelassen. Chodorkowskij hat mehrmals erklärt und erklärt auch heute noch, dass er seine Zukunft in der Wohltätigkeit und im Dienst zum Wohl der Gesellschaft sieht. Es wäre falsch, seine Verhaftung als Folge eines persönlichen Konfliktes zwischen ihm und dem Präsidenten zu sehen.

Die russische und die internationale Öffentlichkeit müssen verstehen, dass die Verfolgung Chodorkowskij's und die Zerschlagung von Jukos durch die russische Regierung nur die Spitze des Eisbergs sind. Nur wer die Veränderungen der letzten fünf Jahre verstanden und sich so weit wie möglich an die neuen Spielregeln angepasst hat, kann im heutigen Russland existieren. Als Ergebnis dieser Veränderungen ist in Russland eine

neue, mächtige, zurzeit allmächtige Klasse entstand, die ihre Position an den Schalthebeln der Macht gefestigt hat: die Bürokratie.

Diese Klasse besteht aus einer ungeheuren Armee von Beamten sowohl in Zivil als auch in Uniform, die das Land regieren. In westlichen Demokratien wird jede Regierung durch einen notwendigen Überbau ausgeglichen: ein funktionierendes Rechtssystem und eine unabhängige Gerichtsbarkeit. Im heutigen Russland gibt es diesen Überbau nicht mehr, da sich die Bürokratie der unabhängigen Presse entledigt, sich die Gerichte völlig untergeordnet und sich über das Gesetz gestellt hat, indem sie es im eigenen Interesse auslegt.

Zurzeit erobert die Bürokratie die Nische, die die Geschäftsleute während der Periode des Jelzinschen Liberalismus und der freien Entwicklung der Marktwirtschaft einnahmen; daher verteilen die Beamten als erstes Eigentum und Einflussphären zu

ihren Gunsten auf. Da es keine unabhängigen Gerichte gibt und die Beamten das Gesetz zu ihren eigenen Gunsten auslegen können, werden nach Chodorkowskij auch alle anderen Bürger Russlands eines Rechtes beraubt, das für jede westliche Demokratie unabdingbar ist: das Eigentumsrecht.

Wenn in einem Land eines der persönlichen Grundrechte, das Eigentumsrecht, nicht geschützt wird, dann ist es sinnlos, auf wirtschaftliche Entwicklung zu hoffen. Jeder Mensch, der sich in Russland ein Vermögen erarbeitet hat, wird unweigerlich vor die Frage gestellt werden, vor die Chodorkowskij gestellt wurde. Vereinfacht ausgedrückt, sieht die Alternative folgendermaßen aus: entweder wird es dem Eigentümer erlaubt, weiter zu arbeiten oder sein Eigentum zu besitzen, wenn er einen wesentlichen Teil seines Verdienstes an einen Beamten abgibt, der ihn dafür schützen wird, bis dieser Beamte selber den Interessen von einflussreicheren Beamten oder einfach Banditen zum Opfer fällt; oder der Eigentümer verliert alles, bis hin zur persönlichen Freiheit, wenn er es wagt, im Streit mit dem Beamten an Gesetze zu appellieren, die zur Fiktion geworden sind. Es ist offensichtlich, dass solche Spielregeln für ein freies Unternehmertum inakzeptabel sind, folglich bedeutet dies einen baldigen Tod der Marktwirtschaft.

Wirtschaftliche Unfreiheit bedeutet auch politische Unfreiheit, in anderen Worten Autoritarismus. Der heutige russische Autoritarismus gründet sich auf die Bürokratie, nicht auf die Ideologie einer herrschenden politischen Partei. Sowohl die kommunistische Partei in der UdSSR als auch die Nazipartei in Deutschland hatten eine starke Ideologie, die sie einer ungeheuren Menge von Menschen eintrichtern konnten. Die heutige russische Bürokratie aber ist völlig unideologisch; ihr einziges Ziel ist die völlige Kontrolle über die Gesellschaft. Chodorkowskij, der dies ausgezeichnet verstanden hat, hat niemals wegen ideologischer Fragen gegen die Regierung polemisiert.

Die heutige politische und wirtschaftliche Lage in Russland kann wie folgt charakterisiert werden:

- 1) Völlige Kontrolle der Bürokratie über das Eigentum. Folgen davon sind die Demotivierung der Unternehmer und die völlige Abhängigkeit der Eigentümer von Beamten. Das Endergebnis ist die Ersetzung der Marktwirtschaft durch eine bürokratische Wirtschaft.
- 2) Es fehlen demokratische Kontrollinstrumente der Gesellschaft über die Beamten – unabhängige Gerichtsbarkeit, funktionierende Gesetze und eine freie Presse. Die Folgen sind, dass die Bürokratie nichts und niemandem Rechenschaft ablegen muss, sie ist „über dem Gesetz“ und ihr ist alles erlaubt. Das Endergebnis ist die Ersetzung des demokratischen Systems durch ein autoritäres.
- 3) Es ist unmöglich, mit der Bürokratie eine ideologische Auseinandersetzung zu führen, da das Beamtentum keine Ideologie hat. Die Folge ist, dass jeder Versuch, mit der Regierung über Positionen von Demokratie, Kommunismus oder anderen Systemen zu diskutieren einem „Rufen in der Wildnis“ gleichkommt. Das Endergebnis sind ein stagnierendes politisches Leben, Apathie und Demotivierung der gesellschaftlich aktiven Bürger.

Wenn man die „Chodorkowskij-Affäre“ aus diesem Blickwinkel betrachtet, dann wird klar, dass die Gründe, warum dieser Geschäftsmann seines Eigentums beraubt wurde, nicht seine angeblichen persönlichen politischen Ambitionen oder eine fiktive Opposition gegen Putin sind. Der Grund ist so einfach, dass er schon fast primitiv zu nennen ist: Chodorkowskij hat einfach zu viel und zu offen über die Verdienste von Jukos geredet, wodurch er unnötige Aufmerksamkeit von Vertretern der herrschenden Klasse, der Bürokratie, auf sich lenkte. Alle folgenden Aktionen gegen Chodorkowskij und seine Partner hatten zum Ziel, ihnen ihr Eigentum abzunehmen, ohne besondere Rücksicht auf die Legitimität dieser Aktionen und noch weniger im Interesse der Gesellschaft. Die Ereignisse der letzten Monate haben gezeigt, dass Chodorkowskij bei weitem nicht das letzte Opfer der neuen Spielregeln in Russland ist.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Analyse

„Lenkbarkeit“ statt Effizienz

Die Rolle des Staates in der russischen Erdöl- und Erdgaswirtschaft

Valery Kryukov, Institut für Wirtschaft und Organisation industrieller Produktion, Nowosibirsk

Die Jukos-Affäre, die geplante Übernahme von Rosneft durch Gazprom und die Auktion einer Tochterfirma von Jukos im Dezember 2004 (mit vorhersagbarem Ausgang) können weit reichende Konsequenzen sowohl für die Erdöl- und Erdgasbranche wie für die Wirtschaft Russlands im Ganzen haben. Diese Ereignisse spiegeln zweifellos die Zentralisierung der Macht in Russland und eine verstärkte Rolle des Staates in der Wirtschaft wider.

Ineffektive staatliche Regulierung

Die Ineffektivität des in den 1990er Jahren entstandenen Systems der staatlichen Regulierung von Erdöl- und Erdgasfirmen: In den 1990er Jahren dominierte ein äußerst liberales Modell im Erdöl- und Erdgassektor ist offensichtlich. Es gab beträchtliche Freiheit bei Art und Form der Ausbeutung von fossilen Brennstoffen. Gleich zu Anfang der Reformen in Russland orientierte sich die Gesetzgebung zu Bodenschätzen an der Vergabe von Rechten für deren Ausbeutung, nicht für ihre rationelle Nutzung (die Pflichten der Firmen, die Erdöl und Erdgas förderten, wurden sehr vage und ungenau formuliert). Erst 2002 wurde auf der föderalen Ebene eine Diskussion über die Verhältnismäßigkeit einer intensiven Gewinnung von Bodenschätzen und über die staatliche Überwachung der Einhaltung der Lizenzvereinbarungen begonnen.

Darüber hinaus war das System der Steuerzahlungen in der Erdöl- und Erdgasbranche von Beginn der Transformationen nicht darauf ausgerichtet, die Erforschung und den Abbau neuer Vorkommen zu fördern, sondern einen bedeutenden Teil des Gewinns für das Staatsbudget abzuschöpfen. Gleichzeitig wurden wesentliche Fragen der Besteuerung von der staatlichen Regulierung ausgeklammert, wie z.B. die Abschreibung der Ausgaben von Firmen, die Erdöl und Erdgas fördern oder die Schätzung des Wertes von Erdöl- und Erdgasvorkommen (erst ab 2002 wurden die objektiven Ölpreise des Auslandsmarktes berücksichtigt).

Die Schwäche des Staates führte dazu, dass die Transformation in der oben beschriebenen Weise es den Erdölfirmen erlaubte, kolossale zusätzliche Gewinne zu machen, sowohl durch die „Optimierung“ der Steuerzahlungen als auch durch Steueroasen (im In- wie im Ausland). Eine der Firmen, die diese Schwächen des Staates am aktivsten ausnützte, war Jukos (die darüber hinaus hinsichtlich der relevanten Gesetzgebung auch aktive Lobbyarbeit in den Parlamenten betrieb).

Das große Business spielte während der 1990er Jahre und zu Anfang des jetzigen Jahrzehnts zweifellos

eine dominierende Rolle bei der Formulierung der Spielregeln in der Erdöl- und Erdgasbranche, wobei es sich an seinen eigenen Interessen zum Nachteil des Staates orientierte. Einer der größten Erfolge des Big Business waren die so genannten Pfandauktionen, wodurch der Erdölsektor fast sein jetziges Aussehen erhielt.

Der Regulationsmechanismus für die Erdöl- und Erdgasbranche zeichnet sich zu Anfang der 2000er Jahre durch Widersprüchlichkeit und Unbestimmtheit aus. Es ist immer noch nicht klar, welche Behörde auf der föderalen Ebene für was verantwortlich ist. Offensichtlich hat Russland es in den vergangenen Jahren nicht geschafft, eine effektive und effiziente Regulierung der Ausbeutung von Bodenschätzen aufzubauen. Die Stärkung der Position des Staates in der Firma Gazprom durch die geplante Übernahme von Rosneft und den Kauf von Juganskneftegaz ist anscheinend eine Reaktion auf diese Tatsache. Der Präsident und seine Umgebung haben vor, mit einer Stärkung der Präsenz des Staates in der Branche die massiven Misserfolge bei der Regulierung dieser Branche zu kompensieren, die die Erdöl- und Erdgasfirmen in den 1990er Jahren praktisch freie Hand bei der Ausbeutung von fossilen Brennstoffen ließen.

Erschöpfung der Erdöl- und Erdgasvorkommen

Ein zweiter wesentlicher Grund für die Probleme in der Branche sind objektive Umstände: die wachsende Erschöpfung der alten Erdöl- und Erdgasvorkommen und die Notwendigkeit, neue Vorkommen in neuen (vorzugsweise noch nicht erschlossenen) Gebieten zu entdecken und zu erschließen. In den nächsten 5 bis 10 Jahren werden die Erdöl- und Erdgasvorkommen, die schon in den 1970er bis 1980er Jahren erschlossen wurden, größtenteils erschöpft werden. Die wachsende Erdölförderung seit 1999 war vor allem möglich dank der Anwendung von neuen Technologien und organisatorischen Entscheidungen (hierbei waren Sibneft und wiederum Jukos führend bei schon erschlossenen Vorkommen).

Die Erschließung von neuen Erdöl- und Erdgasvorkommen in neuen Gebieten erfordert sehr große finanzielle Ressourcen und die vereinten Kräfte vieler Ölfirmen, sowohl russischer wie ausländischer. Die Tatsache, dass solche Programme international und interregional sind, erfordert eine stärkere Beteiligung des Staates nicht nur als Garant für Stabilität, sondern auch dafür, dass die beteiligten Firmen ihre Investitionen auch zurückerhalten. Leider ist in den letzten 15 Jahren keine Erfahrung mit der Durchführung neuer Projekte gesammelt worden. Die einzige Ausnahme ist die Erforschung der Ölvorkommen im Festlandssockel vor der Insel Sachalin. Solche Projekte sind allerdings in vieler Hinsicht lokale und Pilotprojekte und haben kaum Einfluss auf den russischen Erdöl- und Erdgassektor. Für neue Großprojekte, wie z.B. in Westsibirien oder im Nordmeer, sind große Firmen mit umfangreichen produktiven und finanziellen Ressourcen nötig. Zurzeit hat keine russische Firma alleine ein solches Potential. In Russland hat nur der Staat die nötigen Ressourcen, auch wenn man den komplexen Charakter dieser Projekte (in sozialer, wirtschaftlicher und geopolitischer Hinsicht) in Betracht zieht. Daher kann die Tatsache, dass Firmen groß und finanzkräftig sein müssen, um solche Projekte durchzuführen, auch als Grund für die zu Anfang des Aufsatzes genannten Transformationen gesehen werden.

Staatliche Kontrolle

Ein weiterer wichtiger Grund für die Bildung von großen Firmen mit staatlicher Beteiligung ist der Wunsch, einen wesentlichen Teil der staatlichen Einnahmen direkt kontrollieren zu wollen. Auf die staatlichen Firmen werden 90% des in Russland geförderten Erdgases und mehr als 20% des Erdöls entfallen. Nicht weniger wichtig ist, dass der Staat etwa ein Drittel der staatlichen Einnahmen kontrollieren wird, die von der Erdöl- und Erdgasbranche stammen. Dadurch sichert sich der Staat dauerhaft hohe Einnahmen. Wichtig ist auch, dass der Übergang der oben erwähnten Aktiva in die Hände des Staates seine Möglichkeiten erweitert und die Risiken opportunistischen Verhaltens von Privatfirmen verringert, sowohl bei Erschließung und Ausbeutung von Erdöl- und Erdgasvorkommen wie auch bei der Kontrolle der Kapitalströme (was für Russland von erstrangiger Bedeutung ist).

Über den Autor:

Valery Kryukov ist Professor der Wirtschaftswissenschaften und Leiter der Abteilung „Wirtschaftliche Probleme der Entwicklung des westsibirischen Erdöl- und Erdgassektors“ im Institut für Wirtschaft und Organisation industrieller Produktion der Sibirischen Abteilung der Russischen Akademie der Wissenschaften, Nowosibirsk.

Lesetipp:

Martha Brill Olcott: Vladimir Putin and The Geopolitics of Oil, in: The Baker Institute Energy Forum (ed.): The Energy Dimension in Russian Global Strategy, Houston, October 2004, http://www.rice.edu/energy/publications/docs/PEC_Olcott_10_2004.pdf

Die Folgen

Was sind die Folgen von Zentralisierung und der verstärkten Rolle des Staates in der Erdöl- und Erdgasbranche vom Standpunkt der wirtschaftlichen Effektivität aus gesehen?

Meiner Meinung nach gibt es eine reelle Gefahr, dass die vom Staat kontrollierten Firmen nicht die Effektivität im gewünschten Maß erhöhen können, sondern nur die Kontrolle der Erdöl- und Erdgasbranche durch den Staat erleichtern. Sowohl Gazprom wie Rosneft bleiben in Sachen Effizienz bedeutend hinter Jukos zurück (sogar ohne einzurechnen, dass Jukos aktiv Fehlkalkulationen und Lücken der staatlichen Regulierung der Erdöl- und Erdgasbranche ausnutzte). Ein mögliches Szenario ist daher, dass die wirtschaftliche Effizienz der Erdöl- und Erdgasbranche zurückgeht, während gleichzeitig die staatliche Kontrolle zunimmt. Die jetzigen Manager von Gazprom und Rosneft sind kaum in der Lage, der Branche durch vermehrte technologische und vor allem organisatorische Innovationen neue Impulse zu geben. Höchstwahrscheinlich werden die oben analysierten Veränderungen in der Erdöl- und Erdgasbranche nicht nur nicht die gewünschten Resultate liefern, sondern sich auch als Hindernis für adäquate Ansätze und Lösungen für neue Herausforderungen und wachsende negative Tendenzen erweisen. Vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus gesehen – Schaffung einer Umgebung, die für Unternehmen und Wettbewerb förderlich ist, im Rahmen der marktwirtschaftlichen Transformation der russischen Wirtschaft – sind diese Ereignisse zweifellos ein Schritt rückwärts.

Die positive Seite der in diesem Aufsatz analysierten Veränderungen (genauer gesagt, ihr positiver Hintergrund) ist die verstärkte Aufmerksamkeit für Fragen der technischen Regulierung und der Notwendigkeit, Offenheit und Transparenz in der Wirtschaft wie auch seine soziale Verantwortung zu erhöhen.

Allerdings hätte dies auch ohne Veränderungen mit solch dramatischen Folgen für die Struktur der Erdöl- und Erdgasbranche erreicht werden können, ohne die praktische Liquidation einer dynamischen Firma, die Jukos zu Anfang des Jahres 2003 zweifellos geworden war.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Dokumentation

Der Anteil des Staates an der Erdölwirtschaft

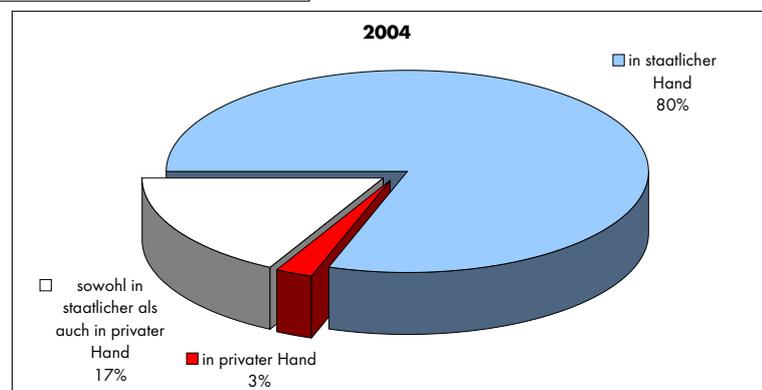
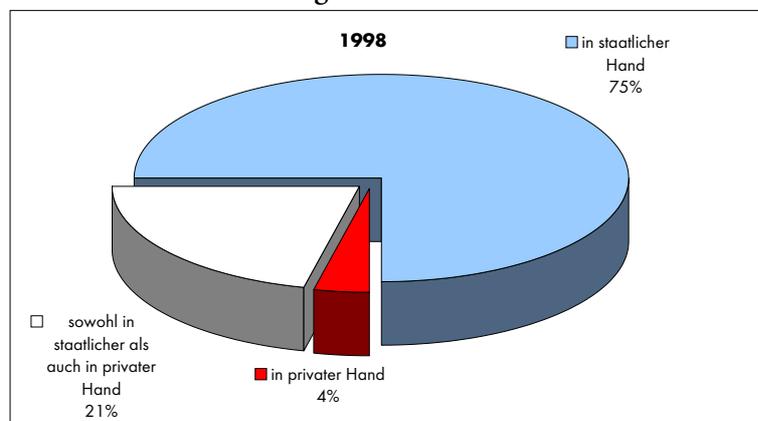
Mit dem Ende der Sowjetunion wurde das staatliche Ministerium für die Erdölindustrie aufgelöst. Die staatlichen Betriebe der Branche wurden dem neu geschaffenen Konzern Rosneft unterstellt und schrittweise privatisiert. Bis 1995 hatten Ölkonzerne, die sich mehrheitlich im Staatsbesitz befanden, noch einen Anteil von 80% an der russischen Erdölproduktion. Davon entfielen 65% auf das föderale Zentrum und 15% auf Firmen im Besitz von Regionalverwaltungen. (Zu den Förderzahlen die Tabelle auf Seite 14) Durch die Privatisierungsauktionen Ende 1995 ging die Mehrheit an drei großen Ölkonzernen (Jukos, Sidanko und Sibneft) an private Investoren, die so genannten Oligarchen. Lukoil gelangte durch die Privatisierung unter die Kontrolle seines Managements. Im Ergebnis reduzierte sich der Anteil des föderalen Zentrums an der Erdölproduktion auf 22%. In den folgenden Jahren wurden weitere staatliche Ölbetriebe privatisiert, die alle von privaten russischen Ölkonzernen übernommen wurden. (Siehe dazu die Grafik auf Seite 13)

Als der Privatisierungsprozess in der russischen Erdölwirtschaft im Jahre 2002 abgeschlossen war, verblieben noch drei Unternehmen im Staatsbesitz. Rosneft mit einem Anteil von etwa 14% an der russischen Erdölförderung gehörte dem föderalen Zentrum. Tatneft und Bashneft mit einem gemeinsamen Anteil von 9% an der russischen Produktion gehörten den Regionalverwaltungen von Tatarstan bzw. Baschkortostan.

Unter der Annahme, dass alle Förderbetriebe von Jukos unter die Kontrolle des föderalen Zentrums gelangen, würde sich sein Anteil an der russischen Produktion auf 24% erhöhen und läge damit in etwa auf dem Niveau von 1996. Die Staatsquote in der Erdölwirtschaft insgesamt läge dann bei 32%, was dem Niveau von 1997 entsprechen würde. Auch nach einer de-facto-Verstaatlichung von Jukos wäre also noch der weitaus größte Teil der russischen Erdölproduktion in privater Hand. Die Mehrheit der russischen Bevölkerung hält dies für nicht wünschenswert. (siehe die folgenden Grafiken)

Heiko Pleines

Sollte sich die Erdölförderung in staatlicher oder privater Hand befinden? Repräsentative Umfrage unter der russischen Bevölkerung 1998 und 2004



Quelle: Umfrage des IKSI, nach: M. Bubbe: Zwischen Transformation und Sowjetunion, Moskau 2004

Der Konsolidierungsprozess in der russischen Erdölindustrie 1992–2005

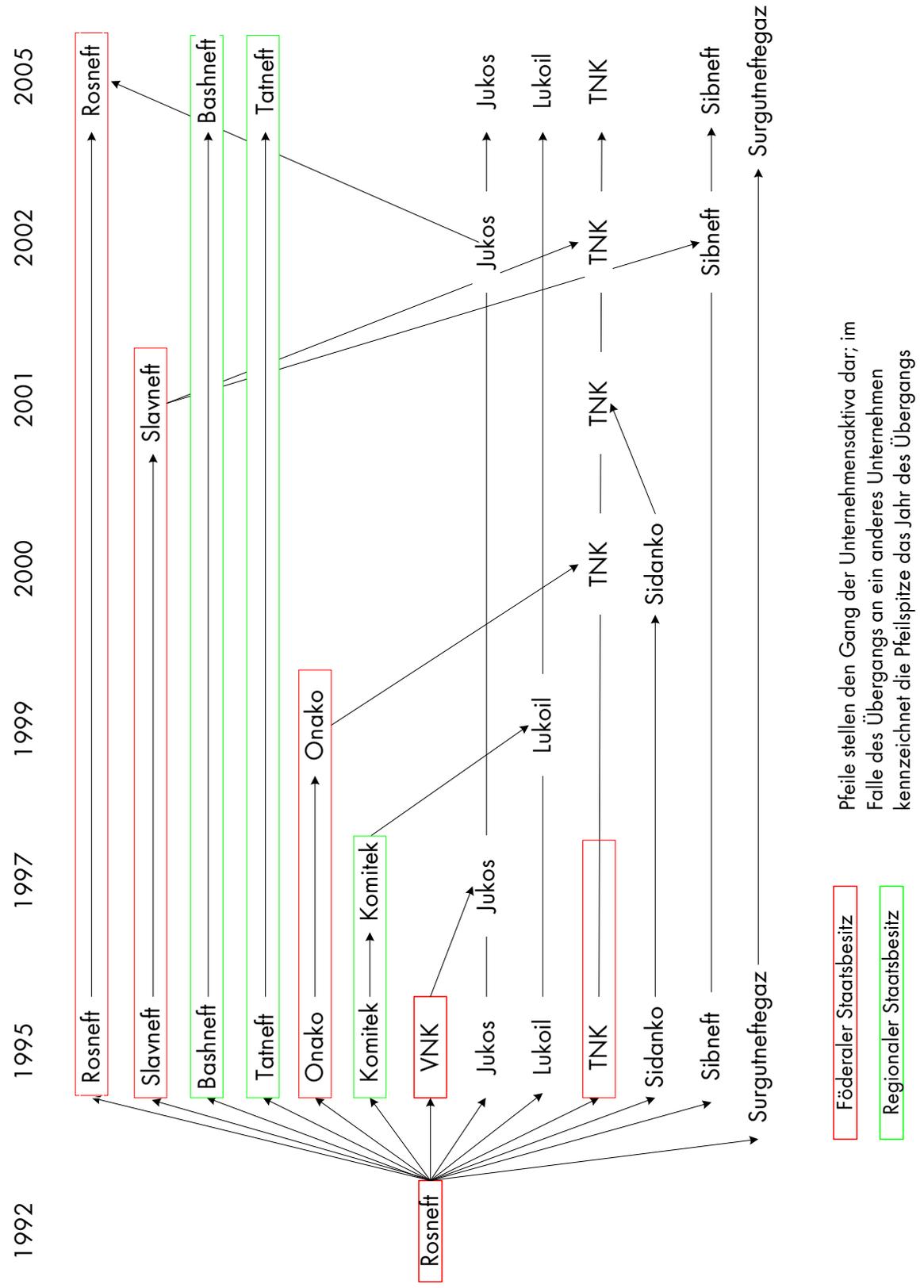


Tabelle: Der Anteil von Staatsunternehmen an der russischen Erdölproduktion

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005*
Rosneft	12	13	13	13	12	12	14	15	16	19	22	22
Tatneft	24	25	25	25	24	24	24	25	25	24	25	25
Bashneft	18	17	16	15	13	12	12	12	12	12	12	12
Slavneft	13	13	13	12	12	12	12	15	(zu Sibneft und TNK)			
Onako	7	7	8	7	8	7	8	(zu TNK)				
Komi-TEK	5	6	8	9	9	(zu Lukoil)						
TNK	25	23	21	21	20	20	36	41	38	43	70	70
VNK	11	11	11	(zu Yukos)								
Lukoil	57	53	51	53	54	62	62	63	76	82	84	84
Jukos	37	36	35	47	45	45	50	58	70	81	86	86
Sidanko	26	23	21	20	20	20	11	16	(zu TNK)			
Sibneft	23	20	19	18	17	16	17	25	26	31	34	34
Surgut-neftegaz	34	33	33	34	35	38	41	44	49	54	60	60
Übrige	27	27	24	34	38	37	30	33	69	75	66	66
Gesamt	318	307	301	306	303	305	323	348	380	421	459	459
Davon Staat insgesamt	257 (81%)	247 (80%)	115 (38%)	102 (33%)	78 (26%)	67 (22%)	70 (22%)	67 (19%)	53 (14%)	55 (13%)	59 (13%)	145 (32%)
Davon Föderation	210 (66%)	199 (65%)	66 (22%)	53 (17%)	32 (11%)	31 (10%)	34 (11%)	30 (9%)	16 (4%)	19 (5%)	22 (5%)	108 (24%)
Davon Regionen	47 (15%)	48 (16%)	49 (16%)	49 (16%)	46 (15%)	36 (12%)	36 (11%)	37 (11%)	37 (9%)	36 (9%)	37 (8%)	37 (8%)

* Projektion: Produktionswerte von 2004. Alle Förderbetriebe von Jukos geben an Staatsunternehmen.

Unternehmen im Staatsbesitz sind farblich gekennzeichnet. Unternehmen im Besitz der Föderation blau ■ und Unternehmen im Besitz von Regionen gelb ■. Abweichungen der Summen durch Rundungen.

Quelle: Energieministerium der Russischen Föderation; InfoTEK; Internetseite der Erdölunternehmen.

Dokumentation

Die Verwaltung staatlicher Unternehmen

Rosneft: Das verbliebene Staatsunternehmen als Versuchskaninchen

Rosneft ist das zentrale staatliche Unternehmen in der russischen Erdölindustrie. Seine Entwicklung ist damit zugleich ein guter Indikator der staatlichen Pläne für die Branche.

Rosneft, 1993 gegründet als Holding für die Staatsanteile an allen Ölgesellschaften, wurde 1995 in eine eigenständige Ölgesellschaft umgewandelt. Zu diesem Zeitpunkt vereinigte Rosneft die Ölbetriebe, die noch keinem anderen Ölkonzern zugeschlagen worden waren. Ökonomische Effizienzgesichtspunkte waren dabei nicht berücksichtigt worden, so daß die Betriebe von Rosneft über das ganze Staatsgebiet verstreut waren.

Diesen Nachteil konnte Rosneft aber zum Teil dadurch ausgleichen, daß die russische Regierung der Gesellschaft bevorzugten Zugang zu attraktiven joint ventures verschaffte, insbesondere im russischen Fernen Osten (Sachalin), im europäischen Norden (Warandej) und in der Region des Kaspischen Meeres (Kasachstan, Aserbaidshan). Durch staatliche Zuteilung zusätzlicher Exportquoten erhielt Rosneft auch bevorzugten Zugang zum attraktiven Auslandsmarkt. Außerdem wurde Rosneft das Recht zugesprochen, den staatlichen Anteil an der Rohölproduktion unter PSAs zu vermarkten.

Die Privatisierung Rosnefts wurde von 1996 bis 1998 geplant. Nach langen Diskussionen um die korrekte Bewertung des Unternehmens, scheiterte die geplante Privatisierungsauktion dann kurz vor der Finanzkrise im August 1998 an mangelnder Nachfrage. Anschließend wurde bis zum Frühjahr 1999 die Zusammenlegung mit anderen Betrieben

zu einer nationalen Ölgesellschaft diskutiert. Interner Widerstand der betroffenen staatlichen Firmen als auch mangelnde Begeisterung bei möglichen Partnern aus der Privatwirtschaft führten aber dazu, dass diese Pläne nicht umgesetzt wurden.

Stattdessen veräußerte die russische Regierung ihre Anteile an allen Ölfirmen mit Ausnahme von Rosneft. Aufgrund dieser Entwicklung wurde vermutet, dass auch Rosneft privatisiert werden könnte, was den völligen Rückzug des Zentralstaates aus der Erdölwirtschaft bedeutet hätte. Nur die Regionalverwaltungen von Baschkortostan und Tatarstan hätten dann mit Bashneft und Tatneft noch Ölfirmen kontrolliert. Stattdessen optierte die russische Regierung jedoch Ende 2004 für eine Zusammenlegung von Rosneft mit Gazprom zu einer nationalen Öl- und Gasgesellschaft.

Der Staat hält derzeit einen Anteil von 38% an Gazprom. Für die Einbringung von Rosneft sollte der Staat als Eigentümer, so der Plan der Regierung, Gazprom-Aktien erhalten. Auf diese Weise würde der Staat eine absolute Mehrheit der Aktien des neuen Gazprom/Rosneft-Konzern besitzen. Die konkrete Umsetzung der Firmenfusion wird derzeit in der Regierung noch diskutiert. Sie soll aber bereits im Sommer dieses Jahres vollzogen werden.

Heiko Pleines

„Putin Incorporated“?

Die Präsidialadministration in den Aufsichtsgremien russischer staatlicher Unternehmen

Elf Sitze hat der Aufsichtsrat des Erdgaskonzerns „Gazprom“, der am Freitag, dem 11. Februar, neu besetzt wird. Von den 19 Bewerbern sind acht Staatsvertreter, darunter Wirtschaftsminister Gref und Energieminister Christenko. Es kandidieren aber auch drei Mitglieder der Präsidialverwaltung – ihr Leiter, Dmitrij Medwedjew, der Präsidentengehilfe Igor Schuwalow und der Sonderbeauftragte des Präsidenten für internationale Energiekooperation, Igor Jusufow. Medwedjew und Jusufow gehören dem Aufsichtsrat schon länger an, Medwedjew fungiert als Vorsitzender des Gremiums.

Es ist eine bezeichnende Erscheinung der Ära Putin, dass enge Mitarbeiter des Präsidenten, Kontrollfunktionen in staatlichen oder staatsnahen Großunternehmen wahrnehmen. Während Medwedjew, der Leiter der Präsidialadministration, Aufsichtsratsvorsitzender bei Gazprom ist, hat Präsidentengehilfe Viktor Iwanow diese Position bei der Luftfahrtgesellschaft „Aeroflot“ inne, zudem sitzt er im Aufsichtsrat der Rüstungsholding „Almas-Antej“. Sergej Prichodko, der Präsidentengehilfe für Außenpolitik, steht dem Aufsichtsrat der

staatlichen Holding „TVEL“ vor, die das Monopol auf den Export nuklearer Brennstäbe hat. Präsidentengehilfe Igor Schuwalow hat den Aufsichtsratsvorsitz von „Sowkomflot“, das die Hälfte der russischen Handelsflotte kontrolliert, ist daneben Mitglied im Aufsichtsrat des Konzerns „Russische Eisenbahnen“ und kandidiert jetzt auch für den Aufsichtsrat von Gazprom. Wladislaw Surkow, Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration, ist Aufsichtsratsvorsitzender von „Transnefteprodukt“, die in Russland das Monopol auf

den Pipelinetransport von Erdölzerzeugnissen (Diesel, Benzin, Kerosin) besitzt. *Igor Setschin* schließlich, auch er Stellvertretender Leiter der Präsidialverwaltung, ist Aufsichtsratsvorsitzender des staatlichen Erdölkonzerns „Rosneft“, der unlängst das Unternehmen Juganskneftegaz, den Kern des Mineralölkonzerns Jukos, in seinen Besitz gebracht hat.

Darüber, was diesen Zug in die Staatsunternehmen veranlasst, welche Motive die Männer des Präsidenten antreiben, lässt sich nur spekulieren. Es könnte eine bewusste Politik der Konzentration strategischer Ressourcen in der Hand der Machtelite sein – was insbesondere westliche Beobachter vermuten. Es könnte sich aber auch um bloße Gier handeln – Putins Mannschaft, zu spät gekommen für die „Große Bereicherung“ der Jelzin-Ära, drängt an die Fleischtöpfe.

Die genannten Beweggründe schließen einander nicht aus. Für eine bewusste Kontrollstrategie spricht die Branchenverteilung der Unternehmen. „Aeroflot“, „Sowkomflot“, „Russische Eisenbahnen“ und „Transnefteprodukt“ decken wesentliche Teile des russischen Verkehrs- und Gütertransportwesens ab. Gazprom und TVEL verfügen über das Exportmonopol in ihren jeweiligen Sektoren. Allerdings wäre es falsch, die Bedeutung dieser Stellenbesetzungspolitik zu überschätzen. Die genannten Firmen sind gerade wegen ihrer strategischen Rolle in Staatsbesitz geblieben. Es geht also – sieht man vom Sonderfall „Rosneft“ ab – nicht um Renationalisierung, um Übernahme privater Wirtschaftsunternehmen, son-

dern um die Beaufsichtigung staatlicher Betriebe. Dass dort Staatsvertreter im Aufsichtsrat sitzen, ist eine Selbstverständlichkeit. In der Regel nehmen Repräsentanten des zuständigen Ressorts diese Aufgabe wahr, also Vertreter des Wirtschafts-, Energie, Verkehrs- oder Finanzministeriums. Dass hohe Beamte aus der Präsidialverwaltung in diese Positionen drängen, die keine Ressortinteressen vertreten und keine unmittelbar Fachaufsicht ausüben, ist allerdings weniger selbstverständlich. Hier manifestiert sich die politische Hegemonie des präsidialen Apparats, der sich nun auch bedienen will. Auf die Führung der jeweiligen Unternehmen haben die Vertreter der Präsidialverwaltung bisher keinen sichtbaren Einfluss genommen.

Einen Sonderfall stellt „Rosneft“ dar, das sich Ende 2004 offensiv an der Ausschlichtung des Mineralölkonzerns „Jukos“ beteiligte. Dem Aufsichtsrat steht mit *Igor Setschin* ein Mann vor, der als enger Vertrauter Putins und führendes Mitglied der „silowiki“ (der Vertreter der Machtapparate) gilt. Allerdings sagt man *Setschin* auch nach, dass er gewöhnlich nicht selbständig handelt, sondern Anweisungen seines Chefs bis auf i-Tüpfelchen ausführt. Ob er auf das Verhalten von Bogdantschikow, dem Spitzenmanager von „Rosneft“, Einfluss genommen hat, welche Rolle er bei der Übernahme von „Juganskneftegaz“ durch „Rosneft“ spielte, ist unbekannt.

Hans-Henning Schröder

Putins Männer in den Aufsichtsräten

Iwanow, Viktor Petrowitsch

Viktor Iwanow (geb. 12.5.1950 in Nowgorod) absolvierte das Leningrader Elektrotechnische Bontsch-Bruewitsch-Institut. 1971–1977 arbeitete er als Ingenieur in der Wissenschaftlichen Produktionsvereinigung „Vektor“. 1977 wechselte er zum KGB, für den er u.a. in Afghanistan arbeitete (1987–88). 1994 war er Oberst und Abteilungsleiter in der Petersburger Regionalverwaltung des Geheimdienstes. Vor dort wechselte er zu Putin in das Petersburger Bürgermeisteramt, in dem Iwanow von 1994–1998 die Abteilung für Verwaltungsorgane leitete. 1998 holte ihn Putin, zu diesem Zeitpunkt Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB, in den Geheimdienst zurück. 1999 stieg Iwanow zum Stellvertretenden Direktor des FSB und zum Leiter der Abteilung für Wirtschaftssicherheit auf. Am 5. Januar 2000, fünf Tage nach Putins Ernennung zum amtierenden Präsidenten, wechselte er in die Präsidialverwaltung, deren Stellvertretender Leiter er wurde. Im Oktober 2001 entsandte man ihn als Staatsvertreter in den Aufsichtsrat von „Almas-Antej“, einem Konglomerat von 46 Rüstungsfirmen, das Luftabwehrsysteme entwickelt und jährlich etwa 1–2 Mrd. US-Dollar umsetzt. Daneben fungiert Iwanow als Aufsichtsratsvorsitzender bei Aeroflot. Am 12.12.2002 wurde er zum Generaloberst befördert. Bei der Umstrukturierung der Präsidialverwaltung im März 2004 erhielt er den Posten eines „Präsidentengehilfen“ mit dem Zuständigkeitsbereich Personal. Viktor Iwanow gilt als wichtiges Mitglied der Gruppe der „silowiki“ in der Umgebung des Präsidenten.

Medwedjew, Dmitrij Anatoljewitsch

Dmitrij Medwedjew (geb. 14.9.1965 in Leningrad) ist Jurist und lernte Putin in den neunziger Jahren in Petersburg kennen, als er als Rechtsberater beim Petersburger Bürgermeisteramt fungierte. 1999 wechselte Medwedjew nach Moskau, um bei Putin Stellvertretender Leiter des Regierungsapparats zu werden. Nachdem Putin im Jahr 2000 Präsident wurde, übernahm Medwedjew das Amt des Stellvertretenden Leiters der Präsidialadministration. Anfang 2000 leitete er den Wahlkampfstab Putins. Im Juni 2000 stieg er zum Ersten Stellvertretenden Leiter der Präsidialadministration auf und war als solcher für Putins Tagesplanung und für die Koordination von Regierung und Präsidialverwaltung

verantwortlich. 2001 betraute ihn Putin mit der Durchführung der Reform des öffentlichen Dienstes. Im Juli 2000 übernahm er in Nachfolge Tschernomyrdins den Vorsitz des Aufsichtsrats des Erdgasmonopolisten Gazprom, den er – mit einer Unterbrechung im Jahr 2001, als man ihn nur zum Stellvertreter wählte – bis heute innehat. Am 30. Oktober 2003 ernannte Putin Medwedjew zum Leiter der Präsidentialadministration. Medwedjew gilt als Vertreter der „Petersburger Liberalen“ in der Umgebung des Präsidenten (vgl. auch das Porträt in der Russlandanalyse 4/2003)

Prichodko, Sergej Eduardowitsch

Sergej Prichodko (geb. 12.1.1957 in Moskau) schloss 1980 das Studium am Moskauer Staatsinstitut für internationale Beziehungen ab und trat in den diplomatischen Dienst ein. Zwischen 1980 und 1997 wechselte er zwischen Dienst im sowjetischen bzw. russischen Außenministerium – durchweg in mit Europa befassten Abteilungen – und Aufhalten an der Prager Botschaft. Im April 1997 wurde er auf Empfehlung von Jelzins Pressesprecher Jastshrembskij, einem ehemaligen Kollegen, Präsidentengehilfe für internationale Fragen. Im September 1998 ernannte man ihn zum Stellvertretenden Leiter der Präsidentialadministration, im Februar 1999 übernahm er zusätzlich die Leitung der Abteilung für auswärtige Politik. Diese Position behielt er auch unter Putin bei. Im September 2000 wurde er Mitglied der Präsidentialkommission für Rüstungskooperation. Bei der Restrukturierung der Präsidentialadministration im März 2004 wurde er zum Präsidentengehilfen für den Bereich Außenpolitik ernannt. Prichodko ist Aufsichtsratsvorsitzender bei der staatlichen Holding TVEL, die ein Monopol auf Erzeugung und Export nuklearer Brennstäbe hat.

Schuwalow, Igor Iwanowitsch

Igor Schuwalow (geb. 14.1.1967 in Blibin, Gebiet Magadan) arbeitete zunächst als Laborant in einem Forschungsinstitut und diente 1985–1987 in den sowjetischen Streitkräften. Danach nahm er das Studium der Rechte an der Moskauer Lomonossow-Universität auf, das er 1992 abschloß. 1992–93 war er Attaché in der Rechtsabteilung des Außenministeriums und wechselte dann in das Anwaltsbüro ALM-Konsalting über, das von Alexander Mamut (bald einer der großen Finanzmagnaten) geleitet wurde. Nebenbei gründete er 1995 eine Immobilienfirma und 1996 ein Handelsunternehmen. 1997–1998 wechselte er in den Staatsdienst über und wurde Abteilungsleiter im Staatskomitee zur Verwaltung des Staatseigentums. Im Januar 1998 wurde er Stellvertretender Minister für Staatseigentum, im Mai desselben Jahres Vorsitzender des Russischen Fonds für Föderales Eigentum. Im Mai 2000 ernannte der damalige Ministerpräsident Kasjanow ihn zum Leiter des Regierungsapparates im Range eines Ministers. Im Mai 2003 wechselte Schuwalow in die Präsidentialadministration als Gehilfe des Präsidenten, wurde im Oktober einer der Stellvertretenden Leiter und erhielt bei der Restrukturierung der Präsidentialadministration im März 2004 wieder die Position eines Präsidentengehilfen. Schuwalow ist Aufsichtsratsvorsitzender von „Sowkomflot“ und kandidiert derzeit für den Aufsichtsrat von „Gazprom“.

Surkow, Wladislaw Jurjewitsch

Wladislaw Surkow (geb. 21.9.1964 in Solnzewo, Gebiet Lipetz) absolvierte nach seinem Militärdienst (1983–1985) das Moskauer Institut für Stahl und Legierungen. Dort freundete er sich mit Michail Fridman an, heute Finanzmagnat und Chef der „Alfa-Gruppe“. Seit 1989 arbeitete er bei der neu gegründeten Genossenschaft „Menatep“, in der Michail Chodorkowskij, später Chef des Mineralölkonzerns „Jukos“, die führende Rolle spielte. 1992 übernahm Surkow die Leitung der Werbeabteilung von „Menatep“, 1994 stieg er zum Stellvertretenden Leiter der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit auf, 1996 zum Leiter der Abteilung für Verbindung zu staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen. 1996–1997 übte er dieselbe Funktion bei „Rosprom“ aus, einer Holding, die Teil des Chodorkowskij-Imperiums war. Im März 1997 wechselte er von Chodorkowskij zu Fridman und ging zur Alfa-Bank, wo man ihm zum Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden machte. 1998–99 war er Erster Stellvertretender Generaldirektor des staatlichen Fernsehsenders ORT, damals weitgehend unter Kontrolle der russischen Finanzmagnaten. Im Frühjahr 1999 wechselte Surkow in die Präsidentialverwaltung und wurde Gehilfe des damaligen Leiters Woloschin. Im August 1999 stieg er zum Stellvertretenden Leiter der Präsidentialverwaltung auf, eine Position, die er auch nach dem Amtsantritt Putins behielt. Surkow war verantwortlich für die Zusammenarbeit mit Regionen und Parlament. Er zog die Fäden bei der Integration des Parlaments in das System Putin, bei der Gründung der Partei „Einheit“, aus der „Einiges Russland“ hervorging, und war der eigentliche Organisator des präsidentiellen Erdrutschsieges bei den Dumawahlen 2003. Auf seine Initiative geht angeblich auch die Gründung des Jugendverbandes „Der gemeinsame Weg“ zurück. Derzeit ist er einer der beiden Stellvertretenden Leiter der Präsidentialadministration und Aufsichtsratsvorsitzender von „Transneftprodukt“.

Setschin, Igor Iwanowitsch

Igor Setschin (geb. 7.9.1960 in Leningrad) studierte Romanistik an der Leningrader Staatsuniversität und arbeitete nach dem Examen als Militärdolmetscher im Ausland, u.a. in Angola und Mosambique, wo die Sowjetunion mit Hilfe von Kuba Stellvertreterkriege führte. Nach seiner Rückkehr war er in der Auslandsabteilung der Leningrader Universität tätig, ab 1988 im Exekutivkomitee des Leningrader Sowjets. Dort machte ihn 1990 Putin zum Leiter seines Sekretariats. 1996 folgte Setschin Putin nach Moskau in die Präsidentialverwaltung. Er übernahm die Leitung des Regierungssekretariats, als Putin 1999 Ministerpräsident wurde, und wechselte im März 2000, nach Putins Wahl zum Präsidenten, als Stellvertretender Leiter in die Präsidentialverwaltung. Am 12.12. 2002 beförderte Putin ihn zum Generalleutnant. Im August 2003 übernahm Setschin den Vorsitz des Aufsichtsrats des Erdölkonzerns Rosneft. Setschin gilt

als führender Vertreter der „silowiki“ in der Umgebung Putins, obwohl er offiziell nie Mitarbeiter des KGB war. Seine Tochter ist mit dem Sohn von Generalstaatsanwalt Ustinow verheiratet.

Staatsunternehmen im Visier der Präsidentialadministration

Im 2004 publizierten Rating der 400 größten russischen Unternehmen werden sieben der im Text genannten Unternehmen aufgeführt. Ihr gemeinsamer Umsatz beträgt 19% des Gesamtumsatzes der 400 größten russischen Unternehmen (ohne Gazprom 9%).

Rang	Unternehmen	Branche	Umsatz 2003, Mio. US Dollar	Zuwachs gegenüber 2002
1	Gazprom	Erdöl und Erdgas	26.710,8	27,2%
2	RShD – Russische Eisenbahnen	Verkehr	19.371,5	-
17	„Rosneft“	Erdöl und Erdgas	3.205,4	17,1%
24	Aeroflot	Verkehr	1.716,0	7,5%
33	TVEL	Maschinenbau	1.113,3	24,2%
103	„Transnefteprodukt“	Verkehr	346,8	25,1%
383	NPO „Almas“	Maschinenbau	95,5	739,6%

Quelle der Tabelle: <http://www.expert.ru/expert/ratings/exp200/exp2004/soder.htm>

Dokumentation

Die Besteuerung der Erdölwirtschaft

Von Julia Kusznir und Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Die Besteuerung der Erdölindustrie ist in Russland nicht erst seit der Jukos-Affäre politisch umstritten. Einerseits argumentieren viele konservative Politiker, dass der Staat als Eigentümer der Bodenschätze in großem Umfang an den Gewinnen der privaten Produzenten profitieren solle. Andererseits verweisen Branchenvertreter und wirtschaftsliberale Politiker darauf, dass eine übermäßige Besteuerung der Ölindustrie dringend notwendige Investitionsmittel entziehe. Ähnlich wie bei der Rolle des Staates als Eigentümer stellt sich also auch bei der staatlichen Rolle als Steuereintreiber die Frage nach der wirtschaftspolitischen Orientierung.

Die russischen Ölunternehmen unterliegen einer allgemeinen Besteuerung, die jedes in Russland tätige Unternehmen unabhängig von der Branchenzugehörigkeit zu entrichten hat, wie etwa Gewinnsteuer und Zollgebühren (vor allem Exportzölle). Neben der allgemeinen Besteuerung umfasste die spezielle Besteuerung bis zu Putins Steuerreform mehrere Steuerabgaben, die sich alle auf den Verkaufswert des Erdöls bezogen. Zu diesen Besteuerungsinstrumenten gehörten die Abgaben für die Nutzung der Ressourcen (Lizenzgebühren, darunter *Lizenzgebühren auf die Förderung mineralischer Ressourcen (Royalties)* und produktionsabhängige Steuer, wie *Verbrauchsteuer* (Akzisen) und die *Rohstoffentnahmesteuer* für Erdöl und Erdölprodukte. Mit der Steuerreform 2001 wurden die *Verbrauchsteuer*, *Lizenzgebühren auf die Förderung mineralischer Ressourcen (Royalties)* und die *Rohstoffentnahmesteuer* durch eine neue *Steuer für die Förderung mineralischer Ressourcen* ersetzt. Die neue Steuer bezieht sich nicht mehr auf den Verkaufspreis sondern auf die Fördermenge und wird in Abhängigkeit vom Weltmarktpreis für Erdöl bestimmt. Die Steuerbelastung der Erdölwirtschaft erhöht sich dementsprechend bei steigenden Weltmarktpreisen automatisch. Dasselbe Prinzip einer Bindung an den Weltmarktpreis wurde bei den 1999 wieder eingeführten Exportzöllen angewandt. Die wichtigsten Steuern, die von Unternehmen des Gas- und Ölsektors zu entrichten sind, werden auf der föderalen Ebene erhoben und verbleiben weitgehend im föderalen Haushalt. Für den föderalen Haushalt sind sie von erheblicher Bedeutung, wie Tabelle 1 zeigt.

Tabelle 1: Erdölwirtschaft und föderaler Haushalt

	1999	2000	2001	2002	2003
Steuerzahlungen der Erdölwirtschaft (Mrd. US\$)	2,8	6,9	10,0	14,2	17,9
Anteil am föderalen Haushalt	11%	17%	18%	20%	21%
Preis für Urals-Öl (US\$/barrel)	17,3	26,8	23,0	23,7	27,0

Quelle: Institut Otkrytoj ekonomiki, Moskau 12.05.2004, http://www.openecon.ru/attach.asp?a_no=318

Ein zentrales Problem der Besteuerung der russischen Erdölwirtschaft waren etliche Schlupflöcher in der Steuergesetzgebung, die von den meisten Ölkonzernen im Rahmen einer „Steuroptimierung“ umfangreich genutzt wurden. Eine häufige Manipulation war das „transfer pricing“. Es basierte darauf, dass der Verkaufspreis des Erdöls für Grundlage für viele Steuern war. Diese Steuern wurden von der Produktionsfirma erhoben. Um Steuern zu minimieren verkaufte die

Produktionsfirma das Öl zu extrem niedrigen Preisen an den Mutterkonzern, der beim Weiterverkauf dann den Marktpreis forderte. Teilweise nutzten Erdölfirmer auch ihren Einfluss auf der regionalen Ebene, um Steuerbefreiungen zu erhalten. Auch die Anhäufung von Steuerschulden, über deren Begleichung dann mit der Regierung verhandelt wurde, verringerte die tatsächlichen Zahlungen der Ölfirmer in den Staatshaushalt. Einer Studie des IWF zufolge zahlte die Erdölwirtschaft in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre nur 60% der eigentlich fälligen Steuern.

Mit der Steuerreform wurden die Schlupflöcher weitestgehend geschlossen. Gegen das transfer pricing wurde so etwa die Bindung an den Weltmarktpreis eingeführt. Die Kompetenz der Regionen zur Gewährung von Steuernachlässen wurde eingeschränkt. Bis zur Jukos-Affäre vertrat die Regierung die Position, dass die Nutzung der Schlupflöcher, wie es Ministerpräsident Michail Kasjanow formulierte, unmoralisch aber legal gewesen sein. Im Laufe der Jukos-Affäre wurde diese Einschätzung zumindest für einen Ölkonzern revidiert.

Die Beseitigung der Schlupflöcher und die Bindung an den stark steigenden Weltmarktpreis erhöhten die effektive Steuerbelastung der Erdölwirtschaft erheblich. Ende der 1990er Jahre mussten die Erdölunternehmen im Durchschnitt etwa 45% ihrer Bruttoeinnahmen an den Fiskus abführen. Im Jahre 2003 waren es bereits 60%. Trotzdem erhöhten sich die Gewinne der großen russischen Ölkonzerne aufgrund des extremen Anstiegs der Weltmarktpreise deutlich, wie Tabelle 2 zeigt.

Tabelle 2: Gewinn nach Steuern der größten russischen Erdölunternehmen (in Mio. US-Dollar)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Bashneft	k.A.	461	433	407	186	191
Jukos	k.A.	254	3.331	4.006	3.064	k.A.
Lukoil	59	1.249	3.429	3.111	1.843	3.642
Rosneft	- 372	377	838	796	479	380
Sibneft	k.A.	315	675	1305	1.162	2.241
Surgutneftegaz	531	1.255	2.719	1.839	1.587	651
Tatneft	- 480	510	856	507	201	366
TNK	- 177	471	1.623	k.A.	1.251	2.766

Quelle: Unternehmensangaben nach Ekspert-200, laufende Jahre, www.expert.ru

Lesetipp

Andreas Heinrich, Heiko Pleines: Steuerlast und Steuerverhalten russischer Wirtschaftsbranchen. Teil II Besteuerung der russischen Öl- und Gasindustrie, Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Nr. 28 (2001), 51 S.

Aktuell

Kein zweites Jukos? Einschränkungen für rückwirkende Steuerüberprüfungen geplant

Nach einem Treffen mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Alexander Shukow, Finanzminister Alexej Kudrin und dem Leiter der Steuerbehörde am 8. Februar 2005 erklärte Präsident Putin auf einer Pressekonferenz seine Unterstützung für die Vorschläge Shukows, die ausufernde Steuernachforderungen wie im Falle Jukos in Zukunft verhindern sollen. Die Vorschläge sollen auf der Regierungssitzung am 2. März diskutiert werden.

Die Vorschläge konzentrieren sich auf 4 Punkte:

- Die interne Kontrolle über Steuernachforderungen wird intensiviert. Große Nachforderungen sollen in Zukunft von der Zentrale in Moskau genehmigt werden müssen. In der Steuerbehörde soll eine Beschwerdeabteilung eingerichtet werden, die auch für Verhandlungen über außergerichtliche Einigungen zuständig sein soll.
- Der Umfang der Steuerüberprüfungen soll exakt definiert werden, indem etwa die vom Unternehmen vorzulegenden Dokumente eindeutig festgelegt werden.
- Wiederholte Steuerüberprüfungen sollen nur in Ausnahmefällen erlaubt sein und Steuernachforderungen aus einer wiederholten Steuerüberprüfung sollen nur im Falle eines durch ein Gerichtsurteil nachgewiesenen Betrugs möglich sein.
- Der Insolvenzschutz für Steuerschuldner soll verbessert werden. Unternehmen, die aufgrund von Steuernachforderungen mit Insolvenz bedroht sind, sollen das Recht auf eine Begleichung der Schuld in Raten haben.

Wie die United Financial Group (Moskau) kommentiert, „würden vor allem die letzten beiden Punkte die Benutzung von Steuerforderungen zur Vernichtung von Unternehmenswerten wie im Falle Jukos unmöglich machen. Die öffentliche Unterstützung dieser Vorschläge durch den Präsidenten bedeutet nicht nur, dass diese Vorschläge so gut wie sicher angenommen werden, sondern legt auch nahe, dass die Wiedergutmachung des durch die Jukos-Affäre und ähnliche Skandale (wie die Steuer-Attacke auf Vimpelcom im letzten Dezember) entstandenen Schadens für das Investitionsklima jetzt echte Priorität besitzt.“

Dokumentation

Ausländische Investoren in der Erdölwirtschaft

Julia Kusznir und Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Während einerseits im Zuge der Jukos-Affäre von einer Abschreckung ausländischer Investoren und einer Renationalisierung der Ölindustrie gesprochen wird, sind andererseits von ausländischen Ölkonzernen in den letzten zwei Jahren von ausländischen Ölkonzernen fast 10 Mrd. US-Dollar in Russland investiert worden. Deutlich mehr als im gesamten Zeitraum davor. Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über die Entwicklung ausländischer Investitionen in der russischen Erdölwirtschaft.

Nach russischem Recht gibt es drei zentrale Formen ausländischer Investitionen in die Erdölwirtschaft: joint ventures, production sharing agreements (PSAs) und den Erwerb von Firmenanteilen.

In den 1990er Jahren waren joint ventures die häufigste Form der ausländischen Beteiligung an der russischen Erdölwirtschaft. In der Regel beteiligten sich russische und ausländische Firmen zu gleichen Teilen an joint ventures, wobei der russische Partner die Förderrechte und seine Kenntnisse des russischen Geschäftsumfeldes einbrachte, während der ausländische Partner das Kapital stellte. Zusammengerechnet investierten die ausländischen Partner etwa 1,5 Mrd. US-Dollar. 1998 waren 42 joint ventures in der Erdölproduktion aktiv, die einen Anteil von 6% an der russischen Förderung hatten. Mit steigenden Weltmarktpreisen für Erdöl und einem zunehmenden Expansionsdrang der russischen Ölkonzerne wurden die ausländischen Partner jedoch Ende der 1990er Jahre aus den meisten joint ventures ausgekauft.

Ausländische Investoren konzentrierten sich nun auf PSAs, deren gesetzliche Neuregelung im Jahre 1999 große Hoffnungen weckte. Bei einem PSA erhält ein ausländischer Investor vom Staat die Förderrechte für eine bestimmte Ölquelle über eine begrenzte Zeit zugesprochen. Der Investor führt die Ölförderung auf eigene Verantwortung durch und teilt die Produktion mit dem Staat nach einer vertraglich festgelegten Quote. Bereits Mitte der 1990er Jahre waren in Russland drei PSAs genehmigt worden. (siehe die unten folgende Tabelle) Nach der Neuregelung 1999 wurde mit einem Boom gerechnet. Aufgrund einer Blockade im Genehmigungsverfahren wurde aber keines der etwa 40 beantragten PSAs erfolgreich umgesetzt. Durch eine weitgehende Abschaffung der Steuerprivilegien verloren PSAs mit der Steuerreform 2003 ihre Attraktivität.

Ausländische Investoren, die sich in der russischen Erdölwirtschaft engagieren wollen, müssen nun Anteil an russischen Konzernen erwerben, um groß in die Produktion einsteigen zu können. Eine Reihe westlicher Erdölkonzerne hat ihr prinzipielles Interesse bekundet. Anteile erworben haben bisher BP und Conoco. Der Einstieg von Conoco zeigt dabei deutlich das gewachsene Interesse ausländischer Investoren an der russischen Erdölwirtschaft. Als die amerikanische ARCO 1995 einen Anteil von 8% an Lukoil erwarb, musste sie dafür 250 Mio. US-Dollar bezahlen. Conoco hingegen musste 2004 für 7,6% an Lukoil schon fast 2 Mrd. US-Dollar aufwenden. (siehe die Tabelle auf der nächsten Seite)

Jahr	Investor	Investment	Summe	Anmerkung
1995	ARCO (USA)	8% an Lukoil	250 Mio. US\$	BP verkauft den Anteil nach der Übernahme von ARCO 2001 an Lukoil
1995	TotalElfina (Frankreich) + Norsk Hydro (Norwegen)	Charjaga PSA	2,5 Mrd. US\$ im Verlauf von 33 Jahren	
1996	Sodeco (Japan) + Exxon (USA)	Sachalin I PSA	15 Mrd. US\$ im Verlauf von 33 Jahren	
1996	Marathon Oil (USA) + McDermott (Kanada) + Mitsui (Japan) + Shell (Großbritannien) + Mitsubishi (Japan)	Sachalin II PSA	10 Mrd. US\$ im Verlauf von 25 Jahren	1997 Ausstieg Mc Dermott, 2000 Ausstieg Marathon Oil
1997	BP (Großbritannien)	10% an Sidanko	571 Mio. US\$	
1998	Ruhrgas (Deutschland)	2,3% an Gazprom	600 Mio. US\$	
1999	Ruhrgas (Deutschland)	1,5% an Gazprom	270 Mio. US\$	
2000	Ruhrgas (Deutschland)	1% an Gazprom	180 Mio. US\$	
2003	Ruhrgas (Deutschland)	1,7% an Gazprom	240 Mio. US\$	
2001	ONGC (Indien)	Einstieg bei Sachalin I	225 Mio. US\$	
2003	BP (Großbritannien)	50% an TNK-BP	6,75 Mrd.US\$	
2004	ConocoPhillips (USA)	7,6% an Lukoil	1,98 Mrd. US\$	

Lesetipp:

Andreas Heinrich, Julia Kusznir, Heiko Pleines: Foreign investment and national interests in the Russian oil and gas industry, in: Post-Communist Economies 4/2002, S.495–507.

Chronik

Vom 3. bis zum 10. Februar 2005

3.2.2005	Im britischen Fernsehsender Channel 4 wird ein Interview mit dem tschetschenischen Guerillaführer Shamil Basajew ausgestrahlt. Russische Stellen protestieren gegen die Sendung.
3.2.2005	In Primorje bestätigt das Regionalparlament den von Präsident Putin vorgeschlagenen Kandidaten, den amtierenden Gouverneur Sergej Darkin, als Gouverneur.
3.2.2005	Putin empfängt James Wolfensohn, den Präsidenten der Weltbank, und erörtert mit ihm Wirtschaftsfragen.
3.2.2005	Michail Brudno und Wladimir Dubow, beide Anteilseigner der Mineralölfirma Jukos, nehmen an einem "Gebetsfrühstück" bei U.S. Präsident George W. Bush teil. Die russischen Behörden hatten Brudno und Dubow zwei Tage zuvor auf die Fahndungsliste von Interpol setzen lassen.
3.2.2005	Die Behörden von Omsk lassen Sergej Ptrizyn, den amtierenden Direktor des Elektrizitätsunternehmens Omskenergobyt, festnehmen, nachdem 70 Schulen in Omsk wegen Nichtzahlung der Elektrizitätsrechnung der Strom abgeschaltet worden ist.
4.2.2005	Die Duma verurteilt mit 306 gegen 58 Stimmen ein Schreiben, in dem 20 Dumaabgeordnete gefordert hatten, alle religiösen und nationalen jüdischen Organisationen als extremistisch zu verbieten. In der verabschiedeten Deklaration wird der Brief als „antisemitisch“ bezeichnet
4.2.2005	Die KPRF-Fraktion in der Duma erklärt, dass sie 101 Stimmen zusammengebracht habe, die ausreichen, um ein Misstrauensvotum gegen die Regierung zu beantragen.
5.2.2005	Der russische Außenminister Sergej Lawrow trifft in Ankara seine amerikanische Amtskollegin Condoleezza Rice und erörtert mit ihr die Agenda für das Treffen zwischen Putin und Bush. Condoleezza Rice kritisiert die inneren Verhältnisse Russlands und erklärt, dass der Zustand der Demokratie in Russland Einfluss auf die bilateralen Beziehungen zwischen Russland und den USA hätte.
5.2.2005	Ein Versuch, die wichtigste Gaspipeline in Dagestan zu sprengen scheitert, weil der Zündmechanismus der Bombe versagt.
5.–6.2.2005	Sicherheitskräfte führen eine umfangreiche Suchaktion in der Umgebung der dagestanischen Hauptstadt Machatschkala durch. In Feuergefechten mit Guerillagruppen wird ein Polizist getötet, ein weiterer verwundet.
6.2.2005	Der Vorsitzende der russischen Handelskammer Jewgenij Primakow, ein Nahostexperte, früher u.a. der Chef des Auslandsgeheimdienstes, Außenminister und Ministerpräsident, tritt eine viertägige Reise nach Syrien und in den Iran an.
7.2.2005	Bundesforschungsministerin Bulmahn und der russische Forschungsminister Fursenko vereinbaren in Moskau die Zusammenarbeit deutscher und russischer Forschungsinstitute weiter auszubauen.
7.2.2005	Der Oberste Gerichtshof lehnt den Antrag ab, die Dumawahlen von 2003 für ungültig zu erklären, den die KPRF und Jabloko eingebracht hatten.
8.2.2005	Die Menatep-Gruppe verklagt die russische Regierung im Zusammenhang mit der Jukos-Affäre wegen Versagens beim Schutz ihres Investments und fordert Schadenersatz in Höhe von 28,3 Mrd. US-Dollar. Die Klage stützt sich auf die Energiecharta, ein internationales Abkommen, das Investoren im Energiebereich Rechtssicherheit geben soll. Russland hat das Abkommen unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert.
9.2.2005	Die Duma lehnt ein Misstrauensvotum gegen das Kabinett Fradkow mit 226 gegen 112 Stimmen ab.
9.2.2005	Bei einer Grubengasexplosion in der Zeche "Esaulskaja" in Nowokusnezsk werden 22 Personen getötet, fünf verletzt. Drei Bergleuten werden vermisst.
9.2.2005	Die Holding AFK Sistema, die mit dem Moskauer Bürgermeister Lushkow in Verbindung gebracht wird, erlöst bei ihrem Börsengang 1,35 Mrd.US\$. Damit ist die Neuemission der Dachgesellschaft, die unter anderem den größten osteuropäischen Mobilfunkanbieter OAO Mobile Telesystems (MTS) kontrolliert, die bisher größte einer russischen Gesellschaft.
10.2.2005	Die Zentralbank entzieht der Bank "Olimpijskij" die Lizenz. Gegen die Vorsitzende der Bank, Swetlana Gerasimowa, werden Betrugsvorwürfe erhoben.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2004 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de